



## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 08.11.2006
- 2 Tourismus- und Kulturmarketing  
Vorlage: 06/SVV/0706  
Fraktion DIE LINKE. PDS
- 3 Wirtschaftsbeirat  
Vorlage: 06/SVV/0791  
Fraktion DIE LINKE. PDS
- 4 Zustimmung zum städtebaulichen Vertrag und Aufhebung der Satzung über den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan (Vorhaben- und Erschließungsplan) Nr. 12 "Freizeitpark Drewitz"  
Vorlage: 06/SVV/0835  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
- 5 Externe Stellenausschreibung der Stelle 475 100 07- "Sachbearbeiter/in Verkehrs- und Beleuchtungsmanagement"  
Vorlage: 06/SVV/0907  
Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement
- 6 Straßenumbenennung in 14482 Potsdam - Babelsberg  
Vorlage: 06/SVV/0966  
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit
- 7 Straßenbenennungen in 14469 Potsdam  
Vorlage: 06/SVV/0967  
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit
- 8 Externe Stellenbesetzung der Stelle 211 000 05 - Sachbearbeiter/in Fachbereichs-Controlling -  
Vorlage: 06/SVV/0974  
Oberbürgermeister, GB Zentrale Steuerung und Service
- 9 Mitteilungen der Verwaltung
- 9.1 Investorenservice  
Vorlage: 06/SVV/0856  
Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung
- 10 Sonstiges

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

#### zu 1 **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 08.11.2006**

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest (zu Beginn der Sitzung sind 15 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend).

Zur Tagesordnung gibt es keine Hinweise; gegen die vorliegende Tagesordnung des öffentlichen Teils erhebt sich kein Widerspruch.

Zum Protokoll der 59. Sitzung des Hauptausschusses vom 08.11.2006 werden keine Änderungen und Hinweise vorgetragen; das Protokoll wird mit 11 Ja-Stimmen, bei 4 Stimmenthaltungen bestätigt.

#### zu 2 **Tourismus- und Kulturmarketing**

##### **Vorlage: 06/SVV/0706**

Fraktion DIE LINKE. PDS

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein und informiert über die zustimmende Stellungnahme des Ausschusses für Kultur.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Maßnahmen „Touristisches Marketing“ im Standortentwicklungskonzept fachlich, organisatorisch und finanziell mit dem geplanten Vorhaben der Landeshauptstadt Potsdam für das Kulturmarketing zu koordinieren.

##### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	12
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	3

#### zu 3 **Wirtschaftsbeirat**

##### **Vorlage: 06/SVV/0791**

Fraktion DIE LINKE. PDS

Herr Dr. Scharfenberg verweist eingangs darauf, dass das Anliegen der vorliegenden Drucksache seit 3 bis 4 Jahren im Gespräch sei und es aus Sicht der Fraktion DIE LINKE. PDS an der Zeit sei, klare Entscheidungen zu treffen und das Anliegen durch die Verwaltung zu realisieren.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass die Verwaltung der Forderung folgen könne, im März bzw. April des nächsten Jahres eine Einschätzung zur Umsetzung des Wirtschaftskonzeptes vorzulegen. Fraglich sei allerdings, ob die Einrichtung einer Arbeitsgruppe Wirtschaft eine sinnvolle Form der Kommunikation sei, da es bereits zahlreiche „Kommunikationszusammenhänge“ z.B. mit dem Arbeitskreis Innenstadt, dem Tourismusbeirat oder themenbezogen bei der Erarbeitung des Standortentwicklungskonzeptes und des integrierten Stadtentwicklungs-

konzeptes gebe. Er schlage vor, dieses Thema regelmäßig im Hauptausschuss unter Hinzuziehung weiterer Gremienvertreter, wie z.B. der IHK zu behandeln. Darüber sollte im März/April noch einmal diskutiert werden, wenn die Einschätzung der Umsetzung des Wirtschaftsförderkonzeptes vorliege.

Herr Dr. Scharfenberg stimmt dem Vorschlag zu, über die Form der Zusammenarbeit noch einmal zu diskutieren und in diesem Sinne sollte der vorliegende Antrag auch abgestimmt werden. Allerdings sei er gegen eine Terminverschiebung auf April 2007, weil eine Einschätzung der bisherigen Umsetzung des Wirtschaftsförderkonzeptes bis dahin leistbar sein müsse.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, bis zum März 2007 einen konkreten Vorschlag zur Realisierung der im Wirtschaftsförderkonzept der Stadt vorgesehenen Einrichtung einer Arbeitsgruppe Wirtschaft vorzulegen, um der damit verbundenen Zielstellung einer kontinuierlichen Zusammenarbeit mit der Wirtschaft nachkommen zu können.

In diesem Zusammenhang ist zugleich eine Einschätzung zur Umsetzung des Wirtschaftsförderkonzeptes vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	11
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	4

**zu 4 Zustimmung zum städtebaulichen Vertrag und Aufhebung der Satzung über den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan (Vorhaben- und Erschließungsplan) Nr. 12 "Freizeitpark Drewitz"**

**Vorlage: 06/SVV/0835**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Herr Goetzmann bringt die Vorlage ein und erläutert die Ergebnisse der Diskussion im Ausschuss für Stadtplanung und Bauen. Darüber hinaus habe es im Zuge von Nachverhandlungen eine Ergänzungsvereinbarung zum städtebaulichen Vertrag gegeben, die sowohl an die Mitglieder des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen als auch an die des Hauptausschusses ausgereicht wurde. Die vom Ausschuss für Stadtplanung und Bauen beschlossenen Zusätze in der Anlage 1 der Vorlage und in der Ergänzungsvereinbarung liegen den Mitgliedern des Hauptausschusses ebenfalls schriftlich vor.

In der sich anschließenden Diskussion sprechen sich Herr Kümmel und Herr Cornelius für das vorgeschlagene Projekt aus. Aus den Nachverhandlungen hätten einige Punkte Eingang in die Vorlage gefunden, so dass diese jetzt zustimmungsfähig sei. Vieles, so Herr Kümmel, was im Stadtteil diskutiert wurde, sei nicht realistisch und umsetzbar. Wer das vorliegende Projekt ablehne, habe die Pflicht zu sagen, was stattdessen gewollt sei und was stadtteilverbindende Bebauung sei. Darüber hinaus, so Herr Cornelius, seien Baumarktkunden mobil und würden das umfassende Hornbach-Angebot außerhalb von Potsdam nutzen, was wiederum nicht im Interesse der Stadt sein könne. Bezüglich der Bedenken, andere Baumärkte mit der Ansiedlung zu schwächen, meine er jedoch, dass die Konkurrenz positiv sei. Im Weiteren habe er sich die Fußballhalle „Soccer-world“

in Leipzig angeschaut und könne darüber nur Positives berichten. Darauf Bezug nehmend meint Herr Gohlke, dass die Familien-Partei der Vorlage zustimmen werde, weil die Fußballhalle „Soccer-world“ auch für den Schulsport genutzt werden könne.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass auch er für die Beseitigung der Brache in Drewitz sei, jedoch nicht um jeden Preis. Die jetzt zu treffende Entscheidung sei eine langfristige und deshalb gründlich zu bedenken. Hornbach sei sehr leistungsstark und brauche die Konkurrenz der anderen Baumärkte nicht zu fürchten. Ob das umgekehrt auch so sei, bezweifle er. Die Fraktion DIE LINKE. PDS werde gegen den Antrag stimmen, auch mit dem Risiko, dass die Brache noch eine Weile bleibe und in absehbarer Zeit keine Lösung gefunden werde.

Ebenso spricht sich Frau Bankwitz gegen den Antrag aus, da es bezüglich eines Baumarktes in Drewitz eine klare Beschlusslage der Stadtverordnetenversammlung gebe. Deshalb sei für sie das Engagement einiger Verwaltungsmitarbeiter für das Projekt sehr verwunderlich. Bezug nehmend auf die Äußerungen von Herrn Cornelius verweist sie darauf, dass es im Potsdamer Norden bereits einen Hornbach-Baumarkt gebe. Sicherlich lege sie auch Wert auf eine Angebotsvielfalt; das Budget der Kunden bleibe aber gleich und das gehe zu Lasten anderer Baumärkte. Man könne nicht alle Brachen durch die Ansiedlung von Einzelhandel aktivieren, weil damit wieder andere Brachen geschaffen werden. Einzelhandel sei nicht punktuell, sondern im Zusammenhang zu betrachten. Herr Schüler betont, dass neben den bereits benannten Vorbehalten auch die Fraktion Grüne/ B 90 den Baumarkt nicht als ideale Bebauung ansehe. Er meine, die städtebaulichen Leitlinien werden nicht ernst genommen oder diese seien nicht konkret genug formuliert.

Herr Heinzel verweist darauf, dass die Brache seit 16 Jahren existiere und deshalb eine Bebauung positiv zu bewerten sei. Wenn dem jetzt nicht zugestimmt werde, sei die Frage, wer demnächst „dort etwas hinstellen wolle“? Man sollte wirtschaftliche Überlegungen mit einbeziehen, auch wenn der Baumarkt nicht die Wunschbebauung sei.

Anschließend werden die Ergänzungen aus dem Ausschuss für Stadtplanung und Bauen angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	3
Stimmenthaltung:	6

Die DS 06/SVV/0835 einschließlich der Aufnahme eines Zusatzes in der Ergänzungsvereinbarung zum städtebaulichen Vertrag und der Änderungen aus dem Ausschuss für Stadtplanung und Bauen wird mit

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	7
Ablehnung:	8
Stimmenthaltung:	1

**abgelehnt.**

**zu 5 Externe Stellenausschreibung der Stelle 475 100 07- "Sachbearbeiter/in Verkehrs- und Beleuchtungsmanagement"**  
**Vorlage: 06/SVV/0907**

Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement

Der Hauptausschuss beschließt:

Die Stelle 475 100 07 - „Sachbearbeiter/in Verkehrs- und Beleuchtungsmanagement“ im Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen wird extern ausgeschrieben.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig **angenommen.**

**zu 6 Straßenumbenennung in 14482 Potsdam - Babelsberg**  
**Vorlage: 06/SVV/0966**

Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit

Der Hauptausschuss beschließt:

Der westliche Teil der Donarstraße (zwischen Allee nach Glienicke und Bruno-H.-Bürger-Straße)  
wird umbenannt in

**„Obere Donarstraße“.**

**Abstimmungsergebnis:**  
Zustimmung: 14  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 2

**zu 7 Straßenbenennungen in 14469 Potsdam**  
**Vorlage: 06/SVV/0967**

Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein und informiert über das Beratungsergebnis des Ausschusses für Kultur, der den Straßenbenennungen am 07. September 2006 zugestimmt habe.

Der Hauptausschuss beschließt:

Die Planstraßen A, B, D und E im Baugebiet „Ruinenbergkaserne“ werden benannt in

- Planstraße A - Kurt-von-Plettenberg-Straße
- Planstraße B - Sattlerstraße
- Planstraße D - Schmiedegasse
- Planstraße E - Reitbahnstraße

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig **angenommen.**

**zu 8 Externe Stellenbesetzung der Stelle 211 000 05 - Sachbearbeiter/in Fachbereichs-Controlling -  
Vorlage: 06/SVV/0974**  
Oberbürgermeister, GB Zentrale Steuerung und Service

Frau Fischer bringt die Vorlage ein.

Der Hauptausschuss beschließt:

Die Stelle 211 000 05 - Sachbearbeiter/in Fachbereichs-Controlling - im Fachbereich Schule und Sport wird extern befristet bis zum 31.12.2008 besetzt.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	12
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	4

**zu 9 Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 9.1 Investorenservice**

**Vorlage: 06/SVV/0856**

Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung

Herr Kümmel merkt eingangs an, dass die Fraktion SPD mit ihrem Antrag keinen zentralen Investorenservice angestrebt habe; dieser sollte dezentral belassen werden. Wenn der jetzige Investorenservice ein so genannter Frontoffice sei, der potentielle Investoren durch die Verwaltung leite, dann sei der Auftrag der Antragstellerin SPD erfüllt.

Herr Dr. Scharfenberg meint, er habe mit der Vorlage Verständnisprobleme, denn er lese aus dem Resumeé, dass es in vergleichbaren Städten keinen zentralen Investorenservice gebe und ihm die Aussage fehle, wann und ob das in Potsdam möglich sei. Frau Bankwitz betont, dass ein Bereich allein bestimmte Fragen nicht regeln könne, sondern hier mehrere Bereiche gefragt seien. Deshalb sei für sie ein zentraler Investorenservice nicht realisierbar.

Herr Wendl erläutert, dass es 78 Leistungen in der Stadtverwaltung gebe, die für die Wirtschaft und Investoren relevant seien. 54 Leistungen davon werden durch den Bauservice und 20 durch den Bereich Gewerbe realisiert. Dieses Leistungsangebot sollte zukünftig noch besser vernetzt, aber auf Grund der Größe der Stadt nicht zusammengefasst werden. Die erste Anlaufstelle für Investoren sei die Wirtschaftsförderung; sie beantworte erste Fragen und begleite und betreue auf Wunsch auch weiter. Positiv sei die gute Kommunikation zwischen den genannten Bereichen und die mittlerweile gute räumliche Ausstattung des Bereiches Wirtschaftsförderung. Was noch nicht ausreiche, sei die Ausschilderung im Stadthaus.

Bezug nehmend auf eine Presseerklärung aus dem Jahr 2003 fragt Herr Dr. Scharfenberg nach, ob mit der Mitteilungsvorlage nur der jetzige Zustand interpretiert werde oder ob sich in den letzten Jahren tatsächlich eine Entwicklung vollzogen habe. Ein ansprechender Wirtschaftsservice in Form eines Frontoffice überzeuge ihn noch nicht.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass die Stadt diesbezüglich „einen Riesenschritt“ vorangekommen sei, was Herr Wendl auch deutlich gemacht habe. Er meine, dass das Zusammenwirken der einzelnen Bereiche das Entscheidende sei. In der heutigen Tagespresse sei zu lesen, dass Potsdam boome und daran

habe auch die Wirtschaftsförderung einen großen Anteil. Er bekomme darüber hinaus ein positives feedback bezüglich der guten Begleitung und der schnellen Entscheidungen in der Landeshauptstadt Potsdam, was auch ein entscheidender Standortvorteil sei.

Herr Schüler merkt an, dass die Stadtverordneten vielleicht andere Erwartungen haben, die aber so nicht beschlossen wurden und deshalb die ausgereichte Mitteilungsvorlage nicht zufriedenstellend sei.

## **neu Information zum weiteren Verfahren SEK und INSEK**

Herr Goetzmann führt dazu aus, dass das Standortentwicklungskonzept (SEK) vom Oberbürgermeister in der Interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) vorgestellt wurde. In der Diskussion in der IMAG habe man sich allerdings fast ausschließlich mit Schlüsselprojekten befasst. Die Ergebnisse dieser Beratungen sollen in einem Kabinettsbeschluss am 05.12.2006 münden. In der IMAG sei in drei Gruppierungen unterschieden worden

1. prioritäre Projekte, wie z.B. die Straßenanbindung Potsdam Flughafen BBI, Lange Brücke,
2. Projekte mit weiterem Diskussionsbedarf, wie z.B. die Schienenanbindung Potsdam –BBI,
3. Projekte mit Konkretisierungs- und Prüfungsbedarf, wie z.B. die Stadt- und Landesbibliothek

Die Zuständigkeiten für die Weiterverfolgung der Projekte werden in der Beigeordnetenkonferenz festgelegt. Im Verfahren bezüglich des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes haben bis Anfang November 5 Veranstaltungen stattgefunden, zu denen Experten, Verwaltung und die Fraktionen eingeladen waren. Der vom Land angekündigte Workshop zur Begleitung des INSEK habe bisher nicht stattgefunden und soll wahrscheinlich im Januar 2007 nachgeholt werden. Anschließend erfolge die Bürgerbeteiligung und die Vorbereitung der Beschlussvorlage zur Einbringung in die StVV März und Beschlussfassung in der StVV April 2007.

## **zu 10 Sonstiges**

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach, ob und was die Stadt unternehme, um die Entlassung von ca. 50 Beschäftigten der Studio Babelsberg AG zu verhindern. Der Oberbürgermeister antwortet darauf, dass ihn diese Kündigungen ebenso überrascht hätten und das vor allem deshalb, weil er Informationen über eine hohe Produktionsauslastung habe. Ihm selbst sei noch keine Kontaktaufnahme möglich gewesen und er sehe auch wenig Chancen einer Einflussnahme seitens der Stadt. Er schlage vor, in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses über den Stand zu berichten.

Eine weitere Frage von Herrn Dr. Scharfenberg bezieht sich auf die seit längerem einspurige Auffahrt zum Brauhausberg und die Dauer dieses Zustandes. Frau Dr. von Kuick-Frenz antwortet darauf, dass dies eine Maßnahme zur Gefahrenabwehr sei, da man dort im Zuge der Munitionsbergung Hohlräume entdeckt habe, die nun geschlossen werden müssen. Dies sei als eine Gesamtmaßnahme geplant.

Frau Bankwitz verweist auf einen Artikel in der PNN vom 28. November 2006, in dem es um die Entwicklung der Schauspielerkaserne in der Posthofstraße 17 gehe und fragt nach, ob mit dem dort genannten Bauträger und dem Projektentwickler noch weitere Projekte geplant seien. Die Nachfrage wird vom Oberbür-

germeister und Frau Dr. von Kuick-Frenz verneint.

Frau B. Müller informiert darüber, dass die geplante Weiterbildungsveranstaltung zum Thema „Stadtschloss – Landtag“ kurzfristig abgesagt werden musste, was bei einigen Stadtverordneten für Unmut gesorgt habe. Sie habe sich auf Grund der bis zum Anmeldeschluss nur drei vorliegenden Rückmeldungen zu diesem Schritt veranlasst gesehen.

Frau Dr. Schröter verweist auf Presseveröffentlichungen zur Ansiedlung der Stiftung Baukultur und den jährlichen finanziellen Bedarf der Stiftung. Da sich eine Differenz aus den vom Bund bereitgestellten Mitteln und den angekündigten Zuschüssen der Stadt ergebe, fragt sie nach, ob es seitens der Stadt Überlegungen gebe, den städtischen Zuschuss zu erhöhen.

Dies verneint der Oberbürgermeister und schlägt eine regelmäßige Berichterstattung dazu im Hauptausschuss vor. Ebenso verneint der Oberbürgermeister die Frage von Frau Dr. Schröter, ob durch den Baubeginn am Sitz der Stiftung Verzögerungen bei anderen Baumaßnahmen am Standort oder Beeinträchtigungen zu erwarten seien.

Im Weiteren fragt Frau Dr. Schröter, ob es Möglichkeiten seitens der Stadt gebe, geplante Höhepunkte für 2007 zentral zu koordinieren, um Parallelveranstaltungen zu verhindern. Der Oberbürgermeister verweist auf den im Internet veröffentlichten Veranstaltungskalender, der als Orientierung dafür diene, jedoch nur eine Empfehlung sei. Diesbezügliche Defizite werden im Kontext mit dem Kulturmarketing eine „aktive Rolle“ spielen.

Frau Bankwitz unterstützt das Anliegen von Frau Dr. Schröter, dass eine Koordination auch im Interesse der Stadt sein müsse, da sie zahlreiche Veranstaltungen fördere und finanziell unterstütze. Deshalb müsse ein Eingreifen der Stadt erlaubt sein, um terminliche Wettbewerbe zu verhindern. Frau B. Müller fordert dazu eine grundsätzliche Abstimmung.